

Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebr

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Neleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Neleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Witt, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Neleben Nr. 221. — Postsekretariat: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Monatsblatt 20 Pf., Anzeigenannahme am Donnerstags bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparisse Nebra — Bankverein Artern.

A 1 Universitätsbibliothek

Nr 4

Sonnabend, den 9. Januar 1932.

45. Jahrgang

Um die Reichspräsidentenschaft.

Ein Regierungsentwurf und die Haltung der Parteien.
Berlin, 8. Januar.

Außen- und innenpolitische Entscheidungen ersten Ranges fallen im Laufe des Jahres 1932. Reparation und Währungsfragen im Brennpunkt der großen Außenpolitik. Reichspräsidentenwahl und Währungsreform sind die beiden bedeutsamen innenpolitischen Fragen, deren Entscheidung die künftige innenpolitische Richtung bestimmend beeinflussen und damit auch außenpolitisch von erheblicher Bedeutung sein werden.

Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. In der Presse ist bereits mehrfach eine Verlängerung der Amtsdauer durch verfassungsänderndes Gesetz erörtert worden, ähnlich wie auch die Amtsdauer des ersten Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz zeitlich begrenzt worden war. Eine derartige Verlängerung würde aber wohl nur dann in Frage kommen, wenn Reichspräsident von Hindenburg sich entlassen sollte, bei einer Neuwahl nicht wieder zu kandidieren, mit Aussicht auf eine Konfliktlösung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse aber gewonnen wäre, noch eine im Verhältnis zur siebenjährigen Wahlperiode kurz bemessene Zeitspanne zu amtiert, also das ihm durch Volkswahl übertragene hohe Amt noch einige Zeit weiter zu leiten; andernfalls wird die verfassungsmäßige Neuwahl nicht zu umgehen sein.

Der Reichspräsident führt ebenso wie der Reichstag keine politische Macht auf die allgemeine Volkswahl.

Dies hat gerade Reichspräsident von Hindenburg in seiner Ansprache bei der Verlesung im Reichstage am 12. Mai 1925 besonders unterstrichen, indem er ausführte: „Reichstag und Reichspräsident gehören zusammen, denn sie sind beide unmittelbar aus den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangen. Aus dieser gemeinsamen Grundlage allein leiten sie ihre Machtvollkommenheiten her. Beide zusammen erst bilden die Verwirklichung der Verfassungsämter, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet. Das ist der feste Kern der Verfassung, auf die ich mich jedoch durch mein Manneswort feierlich verpflichtet habe.“

Mit diesen Worten hat der Reichspräsident die besondere Rechtsstellung des Reichspräsidenten als Staatsoberhauptes außerordentlich treffend charakterisiert.

Diesem Gesichtspunkt trägt auch ein Gesetzentwurf Rechnung, den die Reichsregierung jetzt ausgearbeitet hat, um ihm dem Reichstag bei seiner nächsten Tagung vorzulegen. Es ist zwar noch nicht bekannt, ob der Entwurf die Verlängerung auf ein Jahr oder bis zum Ablauf der Legislaturperiode des jetzigen Reichstages befristet, doch verläutet aus unterrichteten Kreisen, daß der Reichspräsident mit einer derartigen Verlängerung einverstanden sein dürfte, wenn sie von allen maßgebenden Parteien befohlen wird. Zu den maßgebenden Parteien gehören in diesem Falle auch die Nationalsozialisten.

Hitler hat bereits am Mittwoch in Berlin eine Unterredung mit Reichswehrminister Goerner gehabt und war auch beim Reichsanwalt, um ihn über die Haltung seiner Partei zu informieren. Da auch die Sozialdemokratie mit einer Verfestigung der Reichspräsidentenwahl durchaus einverstanden sein dürfte, wird sich also voraussichtlich noch heute entscheiden, ob die innenpolitische Spannung des neuen Jahres durch den Verzicht auf die Reichspräsidentenwahl zu Gunsten einer außerordentlichen Sitzung gemindert wird.

Eine sozialdemokratische Stimme.

Die sozialdemokratische „Morgenzeitung“ schreibt in ihrem Beilagenartikel unter anderem: „Aus Berlin wird berichtet, daß Verhandlungen über eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag bevorstehen. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein solcher Verzicht gemacht werden muß, wenn der Reichspräsident sich bereit erklärt hat, einen solchen Ruf der Volkserhebung Folge zu leisten. Die Verlängerung der Amtsdauer durch den Reichstag ist nur möglich, wenn zwei Drittel des Parlaments einem solchen Gesetzentwurf zustimmen. Praktisch bedeutet das, daß sich eine Mehrheit von Hitler die Deutschen und der Sozialisten stellen muß.“

Da die Kommunisten lieber einen schicksalichen Staatskaiser an der Spitze des Staates sehen oder doch so tun, als den zweifellos verfassungstreuen Herrn von Hindenburg, oder gar einen überzeugten Republikaner, fallen sie bei jedem Verzicht, eine parlamentarische Arbeit zu leisten, aus. In den Verhandlungen der Regierung mit Hitler die Deutschen und der Sozialisten werden.

Die Aussprache Hitler-Brüning.

Eine Erklärung der NSDAP.

Berlin, 8. Januar.

Von Seiten der NSDAP wird parteilich mitgeteilt, Adolf Hitler wurde am 5. Januar dem Reichsinnenminister Goerner zu einer Besprechung nach Berlin gebeten. Der Führer hatte am 6. Januar mit Reichsminister Goerner und

am 7. 1. mit Reichsanwalt Brüning und dem Innenminister Brüning, deren Gegenstand die Reichspräsidentenwahl war. Adolf Hitler hat sich eine Stellungnahme dem Reichsanwalt gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Wie aus der parteilichen Erklärung hervorgeht, ging der Wunsch nach einer persönlichen Führungnahme von dem Reichsinnenminister als dem für Verfassungsfragen zuständigen Minister aus. Die Besprechung mit dem Reichsanwalt Dr. Brüning und Goerner dauerte etwa anderthalb Stunden und wurde von den beteiligten Personen in freundschaftlicher Form geführt. In nationalsozialistischer Kreise erblickt man in der Aussprache eine Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorbeigehen kann, einmal eine so wichtige Frage wie die in den Besprechungen angemittelt, ohne die NSDAP nicht zu entscheiden ist. In unterrichteten Kreisen unterliegt man fernher den von Hitler gemachten Vorbehalt einer vorherigen Führungnahme mit den Parteien der Nationalen Opposition. Man glaubt in nationalsozialistischen Kreisen, daß die NSDAP bezüglich der Wahlen nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich bestimmte Zugaben erwarte, die es ihr ermöglichen würde, sich zur Entscheidung der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten aktiv einzusetzen zu lassen.

Der für den kommenden Dienstag vormittag angesetzten Sitzung des Reichstages ist es nicht mehr allein um die Entscheidung des kommunistischen Antrages auf sofortige Einberufung des Reichstages handelt. Auf jeden Fall wird in der Sitzung des Reichstages die Frage der Reichspräsidentenwahl besprochen werden.

Wels und Reichsheimat.

Es ist anzunehmen, daß angesichts dieser neuen Sachlage mindestens die Fraktionsverbände sich noch vor der Reichstagsberatung verständigen werden, da es kaum möglich sein wird, bis dahin die Reichstagsfraktionen selbst einzuberufen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt voraussichtlich am Montag zusammen. Die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen lehnen vorläufig eine klare Stellungnahme zur Frage der Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ab und verweisen auf die Entscheidung der Fraktionsmehrheiten. Die Abg. Wels und Reichsheimat halten am Donnerstagabend eine Besprechung mit dem Reichsanwalt. Es ist anzunehmen, daß die das gleiche Thema zum Gegenstand hatte, das in der Aussprache mit Hitler behandelt wurde.

Der Reichsanwalt wird sich auch weiterhin mit der Anregung des Christlich-Sozialen Volksdienstes zu befassen haben, daß der Reichstag nach der Beginn der internationalen Konferenzen eine am 1. Januar 1932 einberufene Sitzung der Reichstagsfraktionen zur Erörterung der Reichspräsidentenwahl einberufen werden möge. In parlamentarischen Kreisen glaubt man allerdings, daß es sehr schwer sein würde, eine solche Einheitsfront im Reichstag herbeizuführen.

Reife Entscheidung.

In unterrichteten Kreisen verläutet, daß Adolf Hitler bereits Freitagvormittag eine Unterredung mit dem deutschen Reichsanwalt Dr. Brüning gehabt und daß nach Freitag nachmittag eine neue Aussprache mit dem Reichsinnenminister Goerner stattfinden wird. Man glaubt, daß die Entscheidung bestimmt nicht lange hinausgezogen wird.

Lausanne — keine Lösung?

Interpretation der Konferenz, aber kein Protokoll.

Berlin, 8. Januar.

Falls durch die angelegentlich umlindende französisch-italienische Konferenz nicht eine neue Verzögerung eintritt, darf man jetzt damit rechnen, daß die Regierungskonferenz in Lausanne am 20. Februar beginnt.

In hiesigen politischen Kreisen nimmt man allerdings jetzt schon an, daß die Konferenz vorläufig nicht zu einem Ergebnis führen wird. Man hält es sogar für wahrscheinlich, daß die Konferenz nach kurzer Dauer unterbrochen und dann zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden wird. Es wird zwar betont, daß Deutschland alles Interesse an einer schnellen und einiglichen Lösung der Tributfrage habe. Doch ist man der Ansicht, daß die Reichsregierung die Interpretation der Konferenz einem Protokoll vorziehen wird, zumal das Hoover Memorandum dem deutschen Reich noch bis zum Juli Zeit lasse und die Alliierten zunächst Klarheit über ihre Schuldensahlungen an Amerika gewinnen müssen.

Kein Entschluß in London.

London, 8. Januar.

Englands Finanzsachverständiger Sir Cecil Ross wird voraussichtlich am heutigen Freitag wieder nach Paris fahren, um den dortigen Kreisen die englische Auffassung in der Tributfrage auszumandrieren und sich über den französischen Standpunkt zu informieren. Er hat gestern eine Besprechung mit MacDonald gehabt und hat am Mittwoch an einer Sitzung des Tributauschusses des Kabinetts teilgenommen.

Zu einem endgültigen Beschluß in der Tribut- und Schuldenfrage ist die Regierung bisher nicht gekommen; man nimmt aber an, daß die Entscheidung Anfang nächster Woche fällt.

Ein Erlaß der Lausanner Konferenz läßt sich — wie die „Times“ wissen will — nach Ansicht der englischen Regierung am besten dadurch erreichen, daß nicht nur das Memorandum der Deutschen in ihr eigenes Land, sondern auch das allgemeine Vertrauen der Welt hinsichtlich der zukünftigen Stellung Deutschlands wiederhergestellt werde, wobei gleichzeitig auch den politischen Schwierigkeiten Rechnung getragen werden müsse, die sich notwendigerweise in den verschiedenen Ländern durch ein solch verwickeltes Problem wie das der deutschen Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsunfähigkeit ergäben.

Nach „Daily Telegraph“ sind die Aussichten für ein englisch-französisches Einvernehmen — endlich gesprochen — gut, aber Deutschland wird mit jedem Plan eines begrenzten Zahlungsaufschusses unzufrieden sein müssen, und absehend die die Angst zu haben, daß die deutsche dem französischen Standpunkt unüberwindlich. I. a. sei auch der Vorschlag gemacht worden, daß die Länge des Moratoriums offen bleiben und die Lage von Zeit zu Zeit von der DZJ geprüft werden solle.

Ein Mitglied des Finanzausschusses des Völkerbundes, Sir Henry Strachey, unterliegt in einem langen Aufsatz die gesamten Zusammenhänge zwischen Tributen, Kriegsschulden, Gold- und Preisbewegung, Deflationstendenzen, Rückgang der Erzeugung und Staatshaushalt und kommt hierauf auf Grund umfangreicher Zahlenmaterialien zu dem Schluß, daß die Kriegsschulden einschließlich der Tribute, sowie die Forderung der Gläubiger, die Zahlungen in Gold zu leisten, die eigentlichen Ursachen der finanziellen Krise der Welt seien.

Stegerwald über die Reichspolitik.

Rede Stegerwalds in AdA.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach in der Zentrumsvorlesung in AdA über die politische Lage. Der hauptsächlichste Sinn der Arbeit des Kabinetts sei es gewesen, das von der Defizitlast und der Privatwirtschaft von 1924 bis 1929 verwirklichte Vertrauen im Innern und Ausland wiederherzustellen, die Finanzen ohne neue Schulden in Ordnung zu bringen, die deutsche Wirtschaft möglichst weiterrückfähig zu erhalten, die Währung vor dem Verfall zu schützen und aus Deutschland wieder ein solches Land zu machen. Ein großer Teil der Voraussetzungen für diese Ziele sei bereits geschaffen. Im Bericht des Völkerbundes Ausschusses sei ausdrücklich anerkannt, daß die gegenwärtige Regierung das Menschenmögliche für die Anbahnung einer Ordnung von Staat und Wirtschaft getan habe. Auch in den letzten Wochen habe es für die Reichsregierung finanzielle Ziele zum unverrückbaren Gesichtspunkte gegeben:

1. Wir müssen unter allen Umständen mit einem ausgeglichenen Haushalt nach Paris und Lausanne gehen.

2. Wir dürfen unter keinen Umständen einen unangenehmen Hauskampf in den internationalen Währungsverhältnissen hineinführen.

Diesen beiden großen Gesichtspunkten hätte sich — so erklärte der Minister — alles unterzuordnen.

Unsicherheitsfaktor Mitteleuropa.

Washington, 8. Januar.

Staatssekretär Stimson gab im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses eine bemerkenswerte Erklärung ab, in der er betonte, Deutschland und seine Kriegsverbindungen seien praktisch einwandfrei, aber umgeben von anderen Risiken, die nicht entworfen seien, sondern ihre Wurzeln in vielen Beziehungen noch vergräbt hätten.

Dadurch ist im Mittelpunktes Europas eine Unsicherheit entstanden, die politische und finanzielle Rückwirkungen weit über Europa hinaus verursacht und in der ganzen Welt Unsicherheit hervorgerufen habe. Es sei augenscheinlich, daß ernstliche Schritte getan werden müssen, um den Plan der Weltwährungsreform durchzuführen.

„New York Herald Tribune“ führt hierzu ausdrücklich, daß mit den Anspielungen Stimsons auf andere bewaffnete Völker Frankreich und Polen gemeint sind.

Polens Wirtschaftskampf gegen Danzig

Danzig, 8. Januar.

In drei Polen an Polen mündet sich der Danziger Senat gegen die Erziehung und Schädigung des Danziger Wirtschaftslbens durch Polen.

An der ersten Note handelt es sich um die Zollermäßigungen, die Polen für alle Waren gewährt, die über Gdansk eingeführt werden. Diese Maßnahmen verstoßen gegen die Entscheidung des hohen Kommissars, die Polen die Zimmernung von Vorzugsabmachungen für andere Häfen zum Schaden Danzigs verbietet. Die beiden anderen Noten mündet sich dagegen, daß Polen beim Entzug von Einfuhrverboten und neuen Zollverordnungen Danzig nicht gehört hat. Der Danziger Senat will mit seinen Klagen nichts anderes sagen als: Gegen.

Weiterer Vormarsch.

Moskau, 8. Januar.

Die Japaner sehen ihren Vormarsch nach Sibirien fort und haben bereits die Stadt Chuluita südlich von Kitzikawa besetzt. Eine japanische Vorhut hat schon Schanhaihuan er-

Liebe zu einem Schiff

Von Heinz Marsch

Sie gehören zu den von den Seelenten tiefstbedrückten Landratten, die immer wieder in merkwürdig färbiger Aufregung geraten, wenn sie Schiffe sehen. Im Ozeanrausch mitschwingen, zwischen großen Schiffen, zwischen kleinen Booten, die in drohtiger Galt grau-grüne Wellen zu braun-weißem Gischt aufspritzen lassen, das ist für mich immer ein Glück. Aber es ist kein reines, blutiges Glück! Denn immer kommt mit ihm das Bewußt, die Schiffe, einmal wieder an der Meeresgrenze eines ausufernden großen Schiffes zu stehen, wie einst, als ich zum ersten Mal in die Welt hinausging. Damals erlebte ich einen jener seltenen Augenblicke, in denen ein alter Rinderraum voll zur Wahrheit wird: das Glück der Erwartung, das Glück des Reisens, das Glück, die Welt zu umfassen. Ich denke ich daran, und ich höre wieder die gewaltige Stimme des Schiffes, den aus unergründlichen Tiefen herandröhnenden Ruf der Schiffskatene. Er mahnt: Nimm Abschied und bist hinaus! Ein Trennung ist es, ein Adieu zur Ferne; und das Schiff ist die letzte Verankerung. Das Klauseln des Decks klingt in seiner Stimme, die Melodie der Welt mit all ihren Fäden, ihrer Wärme und ihren Gefahren.

Und wenn das Schiff dann gleichgültig ins Meer, führen wir, daß es lebt. Müdig und gleichmäßig hebt und senkt es sich im bewegten Element und ruhig und gleichmäßig schlägt der Takt seines Herzens, der Rhythmus der Maschine.

Es gibt männliche und weibliche Schiffe, breite, schwerfällige und schmalhäufige raffige, schmucke Lastträger und schiffartige Kurvenlinien, zum Vergnügen geboren; es gibt schnelle und wendige, liebeswundige und hübsche, ansehnliche und geschickte. Jedes hat seine eigenen Lebensbedingungen, seine eigene Stimme und seine Bewegungen, seine eigene Art, sich lenken zu lassen und sich zu seinem Golt zu stellen. Will noch jemand behaupten, Schiffe wären „tote Materie“?

Ich für meine Person hatte immer eine Vorliebe für kontinentalisierte Fracht- und Passagierdampfer mittlerer Größe, so um 10000 Tonnern herum, wie sie die Japan- und Nordsee die Deutschen Afrika-Linien in großer Zahl besitzen. Denn ich liebe mit ein Schiff, daß nicht zu viele Menschen verdrängt, reichliche Bewegungsfreiheit bietet und doch, auch wenn es gut und bequem eingerichtet ist, nicht das Schiff und das Meer vergessen läßt.

Und nun zu meiner Liebe. Sie heißt „Decana“. Wenigstens bin ich „meiner Top“ nicht ganz untreu geworden. Denn wenn auch meine Flamme heute einzig in ihrer Art ist, entflammte sie nach Größe und Natur doch diesem Mittel, das mich schon immer angezogen. In Deutschland geboren, wurde sie durch die Unruhen der Zeiten in fremde Hände geworfen, bis sie durch in die große Schiffsfamilie der Japan aufgenommen und ihr eine ganz besondere Aufgabe zugewiesen wurde: Nur Freude zu bringen, ihren Gästen glänzende Tage, Gesundheit und frische Kraft zu geben, sie zu den Wandern der Natur und Kunst der Mittelmeerländer und des Nordens zu tragen. Sie ist das eine große deutsche Schiff, das nur für Vergnügungszwecke eingerichtet ist. Hell, groß und wohllicht sind ihre Kabinen, elegant und behaglich ihre Gesellschaftsräume. Heitere Gemütsart und frohes, frisches Leben haben ihre Heimstätte an Bord. Aber viele Gefährlichkeiten und dieses fröhliche Leben stören dich nicht.

Sie kamst allein ein Mädchen. Ein Schiff führt dich aus dem mondernen Milieu der Gesellschaftskreise, in der die Klagen und der Rhythmus des Tanzes klingen, hinaus auf das Meer, wo das, wo du im rötlichen Dämmer des Abends die Gestirne des Mittelmeeres vorüberziehen siehst. Überhaupt das Fremdenbedeut! Es ist eine der großen Schönheiten meiner „Decana“. Seine weiten, freien Flächen, die vom Bug zum Heck durchgehen, seinen Raum für behagliche Ruhe in Deckstühlen, für Spiel und Sport und Wandern in frischer Seeluft. Auch sonst bietet es manche Lieblingsplätze, wo man sich der einsamen oder zwerfischen Gesellschaft hingeben kann. Denn das ist ja, wie gelangt, das Gute die „Decana“ hat Raum genug für Gemütsart und für Klugheit. Sie hat auch ein meeres Frey. Sie läßt jeden ihrer Freunde nach seiner Façon sich weiden. So hat sie keine unruhigste Abneigung gegen Gesellschaftsreisen und ihre vernünftigen Abzug führt.

Wald ein Gegenstand doch zugleich der Unruhe des Landreisens und der Behaglichkeit des Reisens über See. Wie oft bin ich nach einem heißen, anstrengenden Tag im engen Eisenbahnabteil abends in einen fremden, lauten und staubigen Stadt angekommen, um dann in später Nachtstunden müde und erschöpften irgendwo in einem ungemütlichen Hotelzimmer Unterkunft zu finden. Und nun hier: von den gewaltigen Einbreiten fremder Städte erfüllt, komme ich an Bord und bin „zu Hause“. Im Deckstuhl liegend fühle ich, der Schiff und der Sonne hingegen, dem Spiel der Wellen zu, Geist und Auge ruhen, und die Bilder des Tages ziehen noch einmal an mir vorbei, gewinnen an Deutlichkeit und werden stilles Erinnerungsgut. Heißes Bad und frische Kleider und dann lustige Gemüts. D, sie sind reichhaltig, die Spielarten der „Decana“. Aber in der Qual der Wahl steht Dir Dein Tischbein als treuer Berater zur Seite. Er hat ein feines psychologisches Einfühlungsvermögen und weiß, was gerade für dich das Richtige ist. Es ist nahezu beängstigend, was für gute Psychologen Papageier sind. Das ist keine Behinderung mehr, das ist eine aufmerksamste individuelle Fürsorge, die neben entsprechender Veranlagung auf lange Schulung und traditionsbegleiteter Erfahrung beruht und außerordentlich wohl tut. Gerade Menschen, die im Alltagsleben schwer arbeiten und kämpfen müssen, sollten daher eine solche Reise — in wenigen Wochen fährt ja die „Decana“ wieder ins Mittelmeer — machen; denn alle Faktoren wirken hier zusammen zur höchst intensiven Erholung, Kräftigung und geistigen Bereicherung auch durch eine kurze Reise.

Aber die schönsten Stunden waren doch die einsamen Zwiegespräche mit meiner Freundin „Decana“, wenn ihr weiser, frischer Zug am hellen Morgen sich übermüht in die Wogen rammt, daß der Gischt hoch aufspritzt, wenn ihre beiden Schrauben die leuchtende Kielwasserfunde spritzen, wenn der Wind in Masten und Tauen lang und die Flage flutend liegt, wenn wir in heller Mondnacht mit durch fäuliges Silber führen — dann freute sie sich mit mir an dieser wunderbaren Welt und erzählte — nur meinem Ohr vernehmbar — von kurzen, heißen, fernem Ländern und wohl auch, ein bißchen spitzbüblich, von Menschen, die sie getragen, von ihren Schwächen und ihrem Glück.

Nur eine traurige Stunde erlebte ich auf der „Decana“: den Abschied. Mögen andere Schiffe größer, moderner, schneller, noch prächtiger sein; ich bin ein wenig verhasst in dich, liebe, kalte, weiße „Decana“.

Schmiedelehring

für 1. Februar 1932 oder später löst

Wirthmann, Wigenburg

Müllerlehring

zum 1. April löst

Stadtmühle Nebra.

1 Morgen Land

in Nebrer für gelegen, ist zu verkaufen.

Näheres durch die Geschäftsstelle b. Hl. Frau Meiß, am Markt.

Betr. Zwangsversteigerung.

Am Sonnabend, den 9. Januar 1932, mittags 12 Uhr werden im Gasthof „Zur Burg“ meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert:

1 Schwein, 1 Schreitbiß, 3 Schränke, 1 Klotter und verschiedene andere Gegenstände.

Kaufunlustige sind hierzu erbeten eingeladen.

Nebra a. L., den 6. Januar 1932.

Die Stadtverordneten als Vollstreckungsbehörde.

Holzverkäufe

der Forstverwaltung der Landesforste zur Forste.

Mittwoch, den 13. Januar, von 9 Uhr ab im Gasthof „Zur Tanne“ in Wiehe. Aus der Förcherei Heckenhof, Forstort Schachtberg und Mollenborn. Eiche: 93 rm Scheit, Anbruch und Knoten, 126 rm Weiß 1. Buche: 194 rm Scheit, Anbruch und Knoten, 67 rm Knüppel 2 m la, 192 rm Weiß 1, 5 Lohse zum Anbruch. Auch können 6 rm Eichen-Nußigkeit aus Schacht, Kestele und Kreuztalberg ausgedeutet werden. Ferner alte Eichen- und Buchenstämme und geringe Mengen vorjähriges Brennholz, dabei auch Nadelholz aus der Schächterburg.

Donnerstag, den 14. Januar, von 9 1/2 Uhr im Gasthof Heinge in Memleben. Weingarten, an der Stühllstr., Eiche: 2 rm Anbruchschell. Buche: 248 rm Scheit, Anbruch und Knoten, 4 rm Knüppel 2 m la, 192 rm 1. Eichen und Buche: 11 rm Klotter, Aufgehoben alte Eichen-, Buchen-, Kiefer-, Kiefer- und Fichtenstämme und geringe Menge vorjähriges Brennholz.

Verhandlungen in den Terminen: Bezahlung etwa 1 Stunde nach Beendigung der Verkäufe, sonst 2 Wochen später an die Forstkasse in Schulpforte.

Sonntag, den 10. Januar von 7 Uhr abends ab im

Schützenhaus
großer
Preis-Masken-Ball

Die schönsten Masken werden prämiert
— Samtliche Masken haben freien Eintritt —
Es laden freundlich ein

Janda Stein

Spare mündelischer Stadt-Sparkasse Nebra a. L.

Lesen Sie das neue Heft

LUSTIGE BLÄTTER

Preis 50 Pf.

Nie stille stehn

mit der Zeit fortschreiten!!

muß jeder, der in seinem Beruf vorwärts kommen will. Die schwarze Kunst ist der Schlüssel zum Aufstieg. Darum benutzen Sie in Ihrem Geschäft gute

Drucksachen

die in der

Buchdruckerei Wih. Sauer, Roßleben

neuzeitig hergestellt sind. Kein Handwerker oder Kaufmann sei ohne mit seiner Firma bedruckte Briefbogen, Briefumschläge, Postkarten, Rechnungen etc. Fordern Sie Angebote an.

Stadt-Gastspiele „Preuß. Hof“

Sonntag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr

„Der Bettler vom Kölner Dom“

Ein Kriminalfilm.

Für Jugendliche verboten.

Es ladet freundlich ein

Borgwardt

Boranzige

Schweizerhaus Wigenburg

Maskenball
am 7. Februar

Bahnhofswirtschaft Nebra

Sonntag, b. 10. Jan., von nachm. 1/2 8 Uhr an

Grosses

Preisskalen.

Um rege Beteiligung bitten

Frau verw. Kielblock

Westermanns Monatshefte

werden immer schöner

so lautet das einstimmige Urteil der großen Lesergemeinde. Daraus ist festzuhalten: Dieser Zeitschrift in fernem Sinne fehlen, kann sie doch Ersatz für so manche Unterhaltung, die man sich auflegen muß, sein und die schönsten und reichsten Stunden verschaffen. Darum ist es heute noch vom Verlags ein über 100 Seiten hartes Probeheft mit vielen meist bunten Bildern.

Westermanns Monatshefte liegen fast in jedem Hotel und jedem Café aus Berber in allen Orten Deutschlands und im Auslandes gedruckt

Gutschein
zu dem Verlagsgang Westermann in Braunshweig Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenfrei eine Probeheftnummer von Westermanns Monatsheften mit 100 Seiten Text, 60-70 ein- und bunten farbigen Bildern und etwa 6 Kaminbildern. 30 Pf. für Porto (auch Auslandsmarken) füge ich bei.

Der Name: _____
Name: _____
Beruf: _____

• Inserieren bringt Gewinn •

Wo kauft man preiswerte Geschäftsbücher?

Selbstverständlich erfordert der Verkauf preiswertester Geschäftsbücher genau wie der besserer Ausführungen gute Fachkenntnisse des Verkäufers. Aus diesem Grunde liefert z. B. die bekannte Geschäftsbücher-Imbrik J. C. König & Eshardt, Hannover, ihre neuen KE-Bücher nur an gute Geschäfte des Papier-, Schreibwaren- und Bürobedarfshandels. Sie erhalten die Bücher, die übrigens durch blauen Schmitt und blaue KE-Garantiekerne kenntlich sind, bestimmt bei:

WILHELM SAUER ROSSLEBEN

Wohnhaus
Altenburgstr. 10
ist sofort zu verkaufen.
Kaufpreis erteilt Preis Ermessen.

Spielkarten
Preisskatentabellen
hält vorrätig
Wih. Sauer, Roßleben

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wihl, Sauer in Nebleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Carlseide Buchdruckerei, Nebleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Reich, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Nebleben Nr. 221. — Postsekretariat: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtzeit 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 4

Sonnabend, den 9. Januar 1932.

45. Jahrgang

Um die Reichspräsidentenschaft.

Ein Regierungsentwurf und die Haltung der Parteien.

Außen- und innenpolitische Entscheidungen ersten Ranges fallen im Laufe des Jahres 1932. Reparation und Abrüstung stehen im Brennpunkt der großen Außenpolitik. Reichspräsidentenwahl und Preußenerwahl sind die beiden bedeutsamen innenpolitischen Fragen, deren Entscheidung die künftige innenpolitische Richtung bestimmend beeinflussen und damit auch außenpolitisch von erheblicher Bedeutung sein werden.

Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. In der Presse ist bereits mehrfach eine Verlängerung der Amtsdauer durch verfassungsänderndes Gesetz erörtert worden, ähnlich wie auch die Amtsdauer des ersten Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz zeitlich begrenzt worden war. Eine derartige Verlängerung würde aber wohl nur dann in Frage kommen, wenn Reichspräsident von Hindenburg sich entschließen sollte, bei einer Neuwahl nicht wieder zu kandidieren, mit Rücksicht auf eine Konfliktlösung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse aber gewonnen wäre, noch eine im Verhältnis zur siebenjährigen Wahlperiode kurz bemessene Zeitspanne zu amtiert, also das ihm durch Volkswahl übertragene hohe Amt noch einige Zeit weiter zu leisten; andernfalls wird die verfassungsmäßige Neuwahl nicht zu umgehen sein.

Der Reichspräsident führt ebenso wie der Reichstag keine politische Macht auf die allgemeine Volkswahl.

Dies hat gerade Reichspräsident von Hindenburg in seiner Ansprache bei der Vereidigung im Reichstage am 12. Mai 1925 besonders unterstrichen, indem er nachfolgend: „Reichstag und Reichspräsident gehören zusammen, denn sie sind beide unmittelbar aus den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangen. Aus dieser gemeinsamen Grundanlage allein leiten sie ihre Machtvollkommenheiten her. Beide zusammen erst bilden die Verfertigung der Volkswahl, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet. Das ist der tiefe Sinn der Verfassung, auf die ich mich jedoch durch mein Manneswort feierlich verpflichtet habe.“

Mit diesen Worten hat der Reichspräsident die besondere Rechtsstellung des deutschen Staatsoberhauptes außerordentlich treffend charakterisiert.

Diesem Gesichtspunkt trägt auch ein Gesetzentwurf Rechnung, den die Reichsregierung jetzt ausgearbeitet hat, um ihm den Reichstag bei seiner nächsten Tagung vorzulegen. Es ist zwar noch nicht bekannt, ob der Entwurf die Verlängerung auf ein Jahr oder die zum Ablauf der Amtsperiode des jetzigen Reichstages befristet, doch verläuft aus unterrichteten Kreisen, daß der Reichspräsident mit einer derartigen Verlängerung einverstanden sein dürfte, wenn sie von allen maßgebenden Parteien beschlossen wird. Zu den maßgebenden Parteien gehören in diesem Falle auch die Nationalsozialisten.

Hitler hat bereits am Mittwoch in Berlin eine Unterredung mit Reichswehrminister Groener gehabt und war auch beim Reichskanzler, um ihn über die Haltung seiner Partei zu informieren. Da auch die Sozialdemokraten mit einer Verfestigung der Reichspräsidentenwahl durchaus einverstanden sein dürfte, wird sich also voraussichtlich noch heute entscheiden, ob die innenpolitische Spannung des neuen Jahres durch den Verzicht auf die Reichspräsidentenwahl zu Gunsten anderer außenpolitischer Stellung gemindert wird.

Seine sozialdemokratische Stimme.

Die sozialdemokratische „Morgenzeitung“ schreibt in ihrem Leitartikel unter anderem: „Aus Berlin wird berichtet, daß Verhandlungen über eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag bevorzugen. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein solcher Versuch gemacht werden muß, wenn der Reichspräsident sich bereit erklären soll, einem solchen Rufe der Volkserhebung Folge zu leisten. Die Verlängerung der Amtsdauer durch den Reichstag ist nur möglich, wenn zwei Drittel des Reichstages eine solche Beschlussempfehlung aussprechen. Dies bedeutet das, daß sich eine Mehrheit von Hitler bis Rosenfeld finden müßte, sofern das Haus vollständig ist.“

Da die Kommunisten lieber einen falschnationalen Staatsrechtler an der Spitze des Staates sehen oder doch so tun, als den zweifellos verfassungstreuen Herrn von Hindenburg, oder gar einen überzeugten Republikaner, fallen sie bei jedem Versuch, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, aus. In den Verhandlungen der Regierung müßten also die deutschnationalen und zur Sicherheit wohl auch die nationalsozialistischen eingeschlossen werden.

Die Aussprache Hitler-Brüning.

Eine Erklärung der NSDAP.

Berlin, 8. Januar.
Von Seiten der NSDAP wird paritätisch mitgeteilt, Adolf Hitler wurde am 5. Januar dem Reichsinnenminister Groener zu einer Besprechung nach Berlin gebeten. Der Führer hatte am 6. Januar mit Reichsminister Groener und

am 7. 1. mit Reichskanzler Brüning und dem Innenminister Besprechungen, deren Gegenstand die Reichspräsidentenwahl war. Adolf Hitler hat sich eine Stellungnahme des Reichskanzlers gegenüber vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Wie aus der parteiamtlichen Erklärung hervorgeht, ging der Wunsch nach einer persönlichen Sühlnahme von dem Reichsinnenminister als dem für Verfassungsfragen zuständigen Minister aus. Die Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und Groener dauerte etwa anderthalb Stunden und wurde von den beteiligten Parteien in freundschaftlicher Form geführt. In nationalsozialistischer Kreise erblickt man in der Aussprache eine Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorübergehen kann, zumal eine so wichtige Frage, wie die in den Besprechungen angeschnittene, ohne die NSDAP nicht zu entscheiden ist. In unterrichteten Kreisen unterstreicht man ferner den von Hitler gemachten Vorbehalt einer vorherigen Sühlnahme mit den Parteien der Nationalen Opposition. Man glaubt in nationalsozialistischen Kreisen, daß die NSDAP bezüglich der Wahl nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich bestimmte Zugaben erwarte, die es ihr ermöglichen würde, sich zur Entscheidung der Frage einer Vertagung der Amtszeit des Reichspräsidenten aktiv einzusetzen zu können.

Der für den kommenden Dienstag vormittag angelegte Sitzung des Reichstages steht nach dem jetzt mit größtem Interesse entgegen, da es sich nicht mehr allein um die Entscheidung des kommunalistischen Antrages auf sofortige Einberufung des Reichstages handelt. Auf jeden Fall wird in der Sitzung des Reichstages die Frage der Vertagung der Amtszeit des Reichspräsidenten aktiv einzusetzen zu können.

Wels und Breitscheid bei Brüning.

Es ist anzunehmen, daß angesichts dieser neuen Sachlage mindestens die Fraktionen der NSDAP sich nach vor der Reichstagsitzung erklären werden, da es kaum möglich sein wird, bis dahin die Reichsstrafaktionen selbst einzubringen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt voraussichtlich am Montag zusammen. Die sozialdemokratischen Parteiführer lehnen vorläufig eine klare Stellungnahme zur Frage der Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ab und verweisen auf die Entscheidung der Fraktionsmehrheit. Die Abg. Wels und Breitscheid hielten am Donnerstagabend eine Besprechung mit dem Reichskanzler. Es ist anzunehmen, daß sie das gleiche Thema zum Gegenstand hatte, das in der Aussprache mit Hitler behandelt wurde.

Der Reichstagsrat wird sich auch weiterhin mit der Anregung des Christlich-Sozialen Volksdienstes zu befassen haben, daß der Reichstag nach vor Beginn der internationalen Konferenzen eine von sämtlichen Parteien getragene Kundgebung zur Tributzahlung beschließen möge. In parlamentarischen Kreisen glaubt man allerdings, daß es sehr schwer sein würde, eine solche Einheitsfront im Reichstag herzustellen.

Reife Entscheidung.

In unterrichteten Kreisen verläuft, daß Adolf Hitler bereitwillig eine Unterredung mit dem deutschnationalen Führer Dr. Hugenberg haben wird und daß nach Freitag nachmittags ein neuer Ausspäher mit dem Reichsinnenminister Groener stattfinden wird. Man glaubt, daß die Entscheidung bestimmt nicht lange hinausgezogen wird.

Lausanne — keine Lösung?

Unterbrechung der Konferenz, aber kein Provisorium.

Berlin, 8. Januar.
Falls durch die angelegte Umformung des französischen Kabinetts nicht eine neue Verzögerung eintritt, darf man jetzt damit rechnen, daß die Konferenz in Paris am 20. Februar beginnt.

In hitlerianischen Kreisen nimmt man allerdings jetzt schon an, daß die Konferenz vorläufig nicht zu einem Ergebnis führen wird. Man hält es sogar für wahrscheinlich, daß die Konferenz nach kurzer Dauer unterbrochen und dann zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden wird. Es wird zwar betont, daß Deutschland alles Interesse an einer schnellen und endgültigen Lösung der Tributzahlung hat, doch ist man der Ansicht, daß die Reichsregierung die Unterbrechung der Konferenz einem Provisorium vorziehen wird, zumal das Hoovermoratorium dem deutschen Reich noch bis zum Juli Zeit lasse und die Alliierten zunächst Klarheit über ihre Schuldensatzungen an Amerika gewinnen müssen.

Kein Einfluß in London.

London, 8. Januar.
Englands Finanzadmiral Sir Keith Rock wird voraussichtlich am heutigen Freitag wieder nach Paris fahren, um den dortigen Kreisen die englische Auffassung in der Tributzahlung zu erläutern und sich über den französischen Standpunkt zu informieren. Er hat gestern eine Besprechung mit MacDonald gehabt und hat am Mittwoch an einer Sitzung des Tributzahlungsausschusses des Kabinetts teilgenommen.

Zu einem endgültigen Beschluß in der Tributzahlungsschuldfrage ist die Regierung bisher nicht gekommen; man nimmt aber, daß die Entscheidung Anfang nächster Woche fällt.

Ein Erfolg der Lausanner Konferenz läßt sich — wie die „Times“ wissen will — nach Ansicht der englischen Regierung am besten dadurch erreichen, daß nicht nur das Vertrauen der Deutschen in ihr eigenes Land, sondern auch das allgemeine Vertrauen der Welt hinsichtlich der zukünftigen Stellung Deutschlands wiederhergestellt werde, wobei gleichzeitig auch den politischen Schwierigkeiten Rechnung getragen werden müsse, die sich notwendigerweise in den verschiedenen Ländern durch ein solch verwickeltes Problem wie das der deutschen Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsunfähigkeit ergäben.

Nach „Daily Telegraph“ sind die Aussichten für ein englisch-französisches Einvernehmen — endlich gesprochen — gut, aber Deutschland werde mit jedem Plan eines begrenzten Zahlungsaufschusses unzufrieden sein müssen, und absehend sei die Kritik jenseits dem deutschen und dem französischen Standpunkt unüberwindlich. U. a. sei auch der Vorschlag gemacht worden, daß die Länge des Moratoriums offen bleiben und die Lage von Zeit zu Zeit von der B33 geprüft werden solle.

Ein Mitglied des Finanzkomitees des Völkerbundes, Sir Henry Strachey, unterließ in einem langen Vortrag die gelauteten Zusammenhänge zwischen Tributen, Kriegsschulden, Gold- und Fremdwährungs, Deflationstendenzen, Rückgang der Erzeugung und Staatsausgaben und kommt hierbei auf Grund umfangreichen Zahlenmaterials zu dem Schluß, daß die Kriegsschulden einschließlich der Tribute, so wie die Forderung der Gläubigerstaaten, die Zahlungen in Gold zu leisten, die eigentlichen Ursachen der finanziellen Krise der Welt seien.

Stegerwald über die Reichspolitik.

Rede Stegerwalds in Köln.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach in einer Zentrumsvorlesung in Köln über die politische Lage. Der hauptsächlichste Sinn der Arbeit des Kabinetts sei es gewesen, das von der Defizitlast und der Privatnotleidenden von 1924 bis 1929 vererbte Vertrauen im Innern und Ausland wiederherzustellen, die Finanzen ohne neue Schulden wieder in Ordnung zu bringen, die deutsche Wirtschaft möglichst weitestmöglich zu erhalten, die Währung vor dem Verfall zu schützen und aus Deutschland wieder ein williges Land zu machen. Ein großer Teil der Voraussetzungen für diese Ziele sei bereits geschaffen. Im Bericht des Bülows-Ausschusses sei ausdrücklich anerkannt, daß die gegenwärtige Regierung das Menschenmögliche für die Währungsberichtigung von Staat und Wirtschaft getan habe. Auch in den letzten Wochen habe es für die Reichsregierung finanziell zwei unverrückbare Gesichtspunkte gegeben:

1. Wir müssen unter allen Umständen mit einem ausgeglichene Haushalt nach Berlin und Lausanne gehen.

2. Wir dürfen unter keinen Umständen wegen eines unangenehmen Hausfalls in den internationalen Währungszentral hineinrutschen.

Diesen beiden großen Gesichtspunkten hätte sich — so erklärte der Minister — alles unterzuordnen.

Unsicherheitsfaktor Mitteleuropa.

Washington, 8. Januar.

Staatssekretär Stimson gab im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses eine bemerkenswerte Erklärung über die Kriegergebnisse ab, die sich aus den Verhandlungen in Berlin und Lausanne ergeben.

„Eine Unsicherheitsfaktor in der ganzen Welt ist die Augenblickslage in den Verhandlungen in Berlin und Lausanne.“

„Die Verhandlungen in Berlin und Lausanne sind in der ganzen Welt ein Gegenstand der Aufmerksamkeit.“

Gen Danzig

Gen Danzig, 8. Januar.

Der Danziger Senat hat die Beschlüsse der Danziger Konferenz über die Zollernfreiheit, die über Danzig verhängt worden ist, in der ganzen Welt bekannt gemacht. Die Beschlüsse sind in der ganzen Welt bekannt gemacht worden. Die Beschlüsse sind in der ganzen Welt bekannt gemacht worden.

Weiterer Vormarsch.

Moskau, 8. Januar.

Die Japaner sehen ihren Vormarsch nach Süden fort und haben bereits die Stadt Sultana südlich von Kinnchow besetzt. Eine japanische Vorhut hat schon Schanhaihwan er-

A 1 Universalbibliothek

